

Antrag 120/II/2018**Abt. 04/76 Rund um den Karl-August-Platz + AfA Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mehr Personal ins Krankenhaus durch feste Personal-Patienten-Schlüssel**

1 Der Parteitag fordert die SPD-Mitglieder im Senat, insbesondere die Gesundheitssenatorin, und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf, für die Finanzierung von mehr Personal entsprechend dem dringend erforderlichen Bedarf in den Krankenhäusern einzutreten.

2
3
4
5
6
7 1. Der rot-rot-grüne Senat finanziert in einem ersten Schritt die nach Gewerkschaftsangaben von 2013 fehlenden ca. 6900 Stellen, darunter 3000 Pflegestellen in den Berliner Krankenhäusern und fordert die dafür zusätzlich notwendigen Finanzmittel von der Bundesregierung ein.

8
9
10
11
12
13 2. Der Senat entwickelt einen langfristigen Personalentwicklungsplan für die Berliner Krankenhäuser, ausgehend von den Krankenhäusern, für die er die direkte Verantwortung trägt und gestützt auf die Bedarfsberechnungen von ver.di und der Beschäftigten in den Krankenhäusern.

14
15
16
17
18
19 3. Die Finanzierung der Stellen darf nicht auf Kosten der notwendigen Investitionen erfolgen. Das Land Berlin erhöht die Investitionen in den Krankenhäusern entsprechend den Anforderungen.

20
21
22
23 4. Der SPD-Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, das „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) abzulehnen, da es Stations- und Krankenhausschließungen, Betten, Leistungs- und Personalabbau nicht stoppen wird.

28

29

Begründung

30
31 Dass die Forderung nach mehr Personal, wie sie von ver.di und den Krankenhausbeschäftigten in vielen Aktionen, Streiks... erhoben wird, auch in der Berliner Bevölkerung als ein äußerst drängendes Problem gesehen wird, wird auch darin deutlich, dass der „Volksentscheid Gesunde Krankenhäuser“ mit fast 50.000 gültigen Unterschriften in nur vier Monaten eine beeindruckende öffentliche Zustimmung erfahren hat. Inzwischen laufen Volksbegehren nach dem Beispiel von Berlin auch in Hamburg und Bayern. In Bayern sammeln SPD-GenossInnen aktiv dafür Unterschriften.

42

43 Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verspricht mit dem von ihm eingebrachten „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ (PpSG) mehr Stellen im Pflegebereich vollständig zu refinanzieren.

44
45
46
47 Tatsache ist, dass nach dem PpSG Personalvorgaben in den Krankenhäusern eingeführt werden sollen, die von

48

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt (Konsens)**

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018: Überwiesen an ASG)

Votum der ASG: Nur Punkt 3 ist zustimmungsfähig
Begründung des Votums der ASG: Der Antrag fordert verschiedene Dinge auf verschiedenen Ebenen. Die Forderungen 1 (Finanzierung von Pflegestellen) und 4 (Ablehnung des Gesetzes) sind durch Beschluss und Inkrafttreten des Pflegepersonalstärkungsgesetzes erledigt. Die Forderung 2 (staatlicher Personalentwicklungsplan) ist abzulehnen, da dies eine originäre Aufgabe des Krankenhausmanagements ist. Die Forderung 3 nach mehr Investitionen durch die Länder wird von der ASG unterstützt.

49 den Gewerkschaften abgelehnt werden. So warnt ver.di
50 vor einer „Mogelpackung“: „Spahns Pflegepersonalun-
51 tergrenzen legitimieren Pflegenotstand“. Die Regelungen
52 entsprechen auch nicht den Anforderungen, die der Bun-
53 desrat auf Initiative von Berlin Hamburg an Personalvor-
54 gaben gestellt hat.

55

56 Tatsache ist, dass nach den Plänen von Spahn für alle an-
57 fallenden zusätzlichen Kosten für mehr Personal kein Cent
58 aus dem öffentlichen Bundeshaushalt aufgebracht wer-
59 den soll. Sie müssen im Wesentlichen von den gesetzli-
60 chen Krankenkassen (GKV) gezahlt werden, d.h. aus ih-
61 rem von der Regierung diktierten Sparbudget. Das wie-
62 derum verlangt die Kompensation durch Einsparungen
63 bei anderen Personalgruppen und allen möglichen Versor-
64 gungsleistungen. Einsparungen beim Pflegepersonal wer-
65 den durch das Gesetz noch besonders mit einer 5 % - Prä-
66 mie gefördert, wenn das z.B. durch Outsourcing von Lei-
67 stungen oder EDV-Anwendung erfolgt.

68

69 **Zur Information über den Volksentscheid Worum geht's?**

70 Laut Gewerkschaft ver.di fehlen ca. 3000 Pflegestellen in
71 Berliner Krankenhäusern. Wer kennt es nicht: überlaste-
72 te Pflegekräfte, überfüllte Rettungsstellen, zu wenig Zeit
73 für die Versorgung von Patientinnen und Patienten. Der
74 Grund: Überall wurden Stellen abgebaut, um mit gerin-
75 geren Kosten möglichst viel Gewinn zu machen. Um das
76 Wohl und die Sicherheit von Patientinnen und Patienten
77 zu gewährleisten wurde der Volksentscheid für Gesunde
78 Krankenhäuser gestartet.

79 Er will:

- 80 • **Mehr Personal ins Krankenhaus durch feste**
- 81 **Personal-Patienten-Schlüssel**
- 82 • **Die Investitionen des Landes Berlins in unsere Kran-**
- 83 **kenhäuser maßgeblich erhöhen**

84

85 **Zur langfristigen Personalplanung:**

86 Bisher gibt es für die Berliner Krankenhäuser keine seriö-
87 se Personal-Bedarfsplanung. Basierend auf einer Umfrage
88 der Gewerkschaft ver.di aus dem Jahre 2013 wurde neben
89 den 3000 fehlenden Pflegestellen für alle anderen Berei-
90 che in den Krankenhäusern ein Bedarf von 6900 Stellen
91 festgestellt.

92 Bisher gibt es für die Berliner Krankenhäuser keine seriö-
93 se Personal-Bedarfsplanung. Basierend auf einer Umfrage
94 der Gewerkschaft ver.di aus dem Jahre 2013 wurde neben
95 den 3000 fehlenden Pflegestellen für alle anderen Berei-
96 che in den Krankenhäusern ein Bedarf von 6900 Stellen
97 festgestellt.

98 Andere Schätzungen (die von KollegInnen u.a. gestützt
99 auf den aktuellen Geschäftsbericht von Vivantes erstellt
100 wurden) ergeben z.B. allein für Vivantes einen zusätzli-
101 chen Bedarf von 7400 Stellen, davon 4300 in der Pflege,
102 600 Stellen in den Funktionsdiensten, 5,00 in den ärzt-
103 lichen Bereich, 1700 in den Wirtschafts- und Funktions-

104 diensten, und 300 Verwaltungsstellen. Notwendig bleibt
105 die Aufstellung einer Personal-Bedarfsplanung für alle
106 Berliner Krankenhäuser.